



N I E D E R S C H R I F T

31. ordentliche öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde – Wahlperiode 2014 – 2019

Sitzungstermin: Dienstag, 07.11.2017
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: 20:43 Uhr
Sitzungsort: Stadt Luckenwalde, Markt 10, Sitzungssaal, 14943 Luckenwalde

Anwesend:

Vorsitzende-

Frau Dr. Heidemarie Migulla

Mitglieder-

Herr Hans-Jürgen Akuloff
Herr Jens Bärmann
Frau Sabine Bölter
Herr Hans Buchner
Herr Peter Gruschka
Herr Christoph Guhlke
Frau Dr. Margitta-Sabine Haase
Herr Thomas Herold
Frau Elisabeth Herzog-von der Heide
Frau Evelin Kierschk
Herr Andreas Krüger
Herr Bert Lindner
Herr Dietrich Maetz
Herr Carsten Nehues
Herr Jochen Neumann
Herr Sven Petke
Herr Eberhard Pohle
Frau Bärbel Redlhammer-Raback
Herr Erik Scheidler
Herr Hans-Dietmar Seiler
Herr Harald-Albert Swik
Frau Nadine Walbrach

Verwaltung-

Frau Astrid Bergmann bis 20:40 Uhr
Herr Torsten Dutschke
Herr Andreas Günther
Herr Torsten Knöfel
Frau Angela Malter
Herr Ingo Reinelt
Herr Robert Troch bis 20:40 Uhr

Gäste-

Herr Frank Müller Technischer Leiter - Fläming-Therme bis
einschl. TOP 2
Herr Dr. Michael Quell Geschäftsführer - Aquapark Management
GmbH bis einschl. TOP 2

Schriftführerin-

Frau Britta Jähner

Abwesend:**Mitglieder-**

Herr Matthias Grunert
Herr Gerhard Maetz
Herr Falko Nitsche
Herr Felix Thier
Herr Manfred Thier
Herr Michael Wessel

Tagesordnung:**I. ÖFFENTLICHER TEIL:**

- 1 . Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit
- 2 . Bericht Fläming-Therme, u. a. zur Entwicklung der Besucherzahlen im Hinblick auf die veränderte Marktsituation (Eröffnung Familien-Freizeitbad in Potsdam)
- 3 . Einwohnerfragestunde
- 4 . Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.09.2017
- 5 . Feststellung der Tagesordnung
- 6 . Beschlussvorlagen
- 6.1 . Jahresabschluss 2015 der Stadt Luckenwalde **B-6306/2017**
- 6.2 . Jahresabschluss 2015 - Entlastung der Bürgermeisterin **B-6307/2017**
- 6.3 . Entscheidung über die Gültigkeit der Bürgermeisterwahl vom 24. September 2017 **B-6312/2017**
- 6.4 . Hundesteuersatzung der Stadt Luckenwalde **B-6309/2017/1**
- 6.5 . Zustimmung zu überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen für Sound City **B-6308/2017**
- 6.6 . Zustimmung zu überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen für Zinszahlungen aus Fördermittelabrechnungen im Stadtumbauprogramm **B-6310/2017**
- 6.7 . Ermächtigung für den Vertragsabschluss für das Energiesparprojekt an vier Luckenwalder Schulen **B-6311/2017**
- 7 . Informationsvorlagen
- 7.1 . Bürgerhaushalt 2017 Platz 6 - Errichtung DIN-gemäßer Fußgängerquerungsstellen der 3247 Kreuzungen entlang der 222 Luckenwalder Straßen **I-6047/2017**
- 7.2 . Verwendung Mehrerträge aus Schlüsselzuweisung 2017 und Auswirkungen auf den Antrag: (A-6020/2017/1) Erneuerung des Gehweges Berkenbrücker Chaussee **I-6049/2017**
- 8 . Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung
- 9 . Informationen der Verwaltung
- 10 . Informationen der Vorsitzenden

II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL:

- 11 . Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.09.2017
- 12 . Feststellung der Tagesordnung
- 13 . Beschlussvorlagen
- 13.1 . Vergabe Energiesparprojekt an Schulen **B-6305/2017**
- 13.2 . Vergabe - Planungsleistung - Vorbereitende Untersuchungen und städtebauliche Rahmenplanung für die Siedlung "Am Anger" **B-6313/2017**

- 13.3 . Vergabe - Planungsleistung - Vorbereitende Untersuchungen und städtebauliche Rahmenplanung für die Siedlung "Auf dem Sande" **B-6314/2017**
- 13.4 . Vergabe von Planungsleistungen gemäß HOAI - Luckenwalde - Park und Ride Fläche Bahnhofsumfeld II **B-6315/2017**
- 14 . Informationsvorlage
- 14.1 . Erlass Grundsteuer **I-6046/2017**
- 15 . Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung
- 16 . Informationen der Verwaltung
- 17 . Informationen der Vorsitzenden

I. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Frau Dr. Migulla eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Zu Sitzungsbeginn sind 22 Mitglieder und die Bürgermeisterin als stimmberechtigtes Mitglied anwesend.

TOP 2. Bericht Fläming-Therme, u. a. zur Entwicklung der Besucherzahlen im Hinblick auf die veränderte Marktsituation (Eröffnung Familien-Freizeitbad in Potsdam)

Die Präsentation von Herrn Dr. Quell liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Die Anfrage von **Herrn Petke**, wie viele Kinder in welchem Alter das Bad nutzen, wird **Herr Dr. Quell** schriftlich beantworten.

TOP 3. Einwohnerfragestunde

TOP 3.1. Sanierung Upstallweg

Frau Anja Jürgen fragt, ob im Haushaltsplan 2018 Geld für die Sanierung des Upstallweges eingeplant sei und wie sie darüber Kenntnis erlangen könnte.

Frau Herzog-von der Heide führt aus, dass die investiven Maßnahmen 2018 in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Dezember vorgestellt werden. Die Einbringung des Haushaltsplanes erfolgt im nächsten Jahr in der Januar-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, die Beschlussfassung ist in der darauffolgenden Sitzung vorgesehen. Eine Einsichtnahme in die Unterlagen sowie die Teilnahme an den Sitzungen ist möglich.

TOP 3.2. Motorradstellplätze am Bahnhof

Frau Anja Jürgen führt aus, dass in der neu geplanten Park- und Ride-Anlage auf dem ehemaligen Gaswerksgelände Motorradstellplätze vorgesehen sind. Sie fragt, ob auch direkt am Bahnhofseingang Stellflächen für Motorräder, Motorroller etc. geschaffen werden.

Frau Herzog-von der Heide entgegnet, dass Stellflächen auf dem ehemaligen Gaswerksgelände geplant werden. Um Stellplätze direkt vor dem Bahnhof zu realisieren, sei die Umwidmung von PKW-Stellflächen erforderlich. Den Hinweis nimmt sie für die weitere Planungsberatung mit.

TOP 3.3. Belebung Innenstadt

Frau Anja Jürgen erkundigt sich nach Maßnahmen zur Belebung der Innenstadt. Gerade am Wochenende nach 18:00 Uhr seien die Straßen wie „leer gefegt“. Junge Leute und Junggebliebene würden gern an Veranstaltungen teilnehmen. Doch aufgrund von Anwohnerbeschwerden über Lärm, verursacht durch die Veranstaltungsbesucher nach Veranstaltungsende, finden keine Veranstaltungen mehr statt.

Frau Jürgen bestätigt auf Nachfrage von **Frau Herzog-von der Heide**, dass sich die Anfrage u. a. auf den „Alhambra-Fall“ beziehe.

Darauf entgegnet **Frau Herzog-von der Heide**, dass man nach Lösungen suche, die für die Anwohner und auch für die Veranstalter erträglich sind. Man spreche mit dem Veranstalter, dass er sich nach Veranstaltungsende auch für den Außenbereich verantwortlich fühlt. Das kann nur in gegenseitigem Interesse sein.

TOP 3.4. Fahrradverleih - Fahrradgeschäft im ehemaligen Postbahnhof

Frau Anja Jürgen möchte wissen, inwieweit der Eigentümer des Fahrradgeschäftes in dem ehemaligen Postbahnhof durch die Verwaltung unterstützt werden könne. Er suche wohl ein geeigneteres Geschäft, um einen Fahrradverleih mit zu integrieren, da dies am jetzigen Standort nicht möglich sei.

Frau Herzog-von der Heide bittet dem Inhaber auszurichten, dass er sich mit der Verwaltung in Verbindung setzt. Die Idee, einen Fahrradverleih an diesem Standort zu eröffnen, war ein Wunsch der Verwaltung, dem gegenüber sich der Geschäftsinhaber damals nicht aufgeschlossen zeigte.

TOP 3.5. Stand Kitaplatzausbau

Frau Daniela Hein erkundigt sich zum Stand des Kitaplatzausbaus.

Herr Reinelt berichtet, dass der Bauantrag für die Modulbau-Kita Sunshine am 15. Oktober eingereicht wurde. Für die Kita in modular Bauweise auf dem Gelände in der Poststraße werde der Antrag in dieser Woche gestellt und dann folge auch der Antrag für den Anbau der Kita Rundbau. Die Benennung eines Zeitfensters, wann die Genehmigungen erteilt werden, sei nicht möglich.

Frau Herzog-von der Heide ergänzt, dass die Modulbau-Kitas beschafft werden. Danach müssen die Betreiber jeweils eine Betriebserlaubnis beim Ministerium einholen.

Frau Hein regt an, in der Pelikan-Post über die Entwicklung zu berichten.

TOP 4. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.09.2017

Der Einwand von **Herrn Guhke** zu TOP 5.4 - Entwurfs- und Offenlegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 42/2016 "Feuerdornweg II" (B-6299/2017):

„Ich bitte doch darum, dass, wenn ein Änderungsantrag zu einer Beschlussvorlage eingebracht wird, der Inhalt dieses Änderungsantrages auch Teil des Protokolls wird. Auch wenn Anträge abgelehnt werden, so sollte doch die interessierte Öffentlichkeit erfahren können, was abgelehnt wurde.

Bitte nehmen Sie den Antrag zur Sache - Änderung der Beschlussvorlage zu TOP 5.4. Entwurfs- und Offenlegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 42/2016 "Feuerdornweg II" B-6299/2017 zu Protokoll.“

wird mit 19 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen bestätigt und damit der Antrag zur Niederschrift genommen.

Der Einwand von **Herrn Nehues** zu TOP 6.1 - Vergabestatistik 2016 (I- 6042/2017):

„In der Niederschrift zur Stadtverordnetenversammlung vom 26.09.2017 fehlt im Punkt 6.1 meine Anfrage/Bitte um eine Excel-Datei (Grundlage der Statistik) und die Antwort der Verwaltung. Ich bitte um Ergänzung.“

wird mit 18 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 4 Enthaltungen bestätigt und damit wird der Sachverhalt nachprotokolliert.

Die Niederschrift ist mit den Einwänden bestätigt.

TOP 5. Feststellung der Tagesordnung

Herr Petke fragt nach, ob unter dem TOP 9, Informationen der Verwaltung, Informationen gegeben werden.

Frau Herzog-von der Heide verneint dies.

Herr Guhlke fragt nach, was mit der Informationsvorlage „Bürgerhaushalt 2017 Platz 4 Errichtung von Straßenbeleuchtung des Radweges bzw. der Skaterbahn zwischen Luckenwalde und Kolzenburg“ (I-6048/2017) sei, da sie nicht auf der Tagesordnung stehe, die Vorlage aber für die heutige Sitzung vorgesehen sei.

Frau Herzog-von der Heide sagt, dass die Informationsvorlage, ergänzt um eine Empfehlung der Verwaltung, in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Dezember auf die Tagesordnung komme.

Tagesordnung bestätigt

TOP 6. Beschlussvorlagen

TOP 6.1. Jahresabschluss 2015 der Stadt Luckenwalde B-6306/2017

Herr Nehues möchte den Jahresabschluss nicht unkommentiert beschließen. Wie dargestellt, ist ein Verlust von 1,5 Mio. € erwirtschaftet worden. Ursache waren höhere Steuererwartungen, die nicht eingetroffen sind. Lt. der Verwaltung lag es nicht an einem Steuerzahler, sondern verteilte sich auf viele Schultern. Dieser Verlust wurde ausgeglichen durch die Rücklage, die in den vergangenen Jahren gebildet werden konnte. Die liege in den kommenden Jahren nicht vor. Er hofft, dass in der Zukunft wieder Rücklagen gebildet werden können, um nicht sozusagen an das Eigenkapital zu müssen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 82 (4) der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg nach Kenntnisnahme des Prüfberichts des städtischen Rechnungsprüfungsamtes den geprüften Jahresabschluss der Stadt Luckenwalde per 31.12.2015 einschließlich der Bestandteile und Anlagen.

Ja 22 Nein 1 Enthaltung 0
ungeändert beschlossen

TOP 6.2. Jahresabschluss 2015 - Entlastung der B-6307/2017 **Bürgermeisterin**

- **Frau Herzog-von der Heide** nimmt zu diesem Tagesordnungspunkt aus Gründen des Mitwirkungsverbots im Zuhörerbereich Platz.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt nach § 28 Abs. 2 Ziffer 15 i. V. m. § 82 Abs. 4 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg die Entlastung der Bürgermeisterin für das Haushaltsjahr 2015.

Ja 21 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 1
ungeändert beschlossen

TOP 6.3. Entscheidung über die Gültigkeit der B-6312/2017 **Bürgermeisterwahl vom 24. September 2017**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:
Einwendungen gegen die Wahl zur hauptamtlichen Bürgermeisterin/zum hauptamtlichen Bürgermeister der Stadt Luckenwalde vom 24. September 2017 liegen nicht vor.
Die Wahl ist gültig.

Ja 22 Nein 1 Enthaltung 0
ungeändert beschlossen

TOP 6.4. Hundesteuersatzung der Stadt Luckenwalde B-6309/2017/1

Frau Dr. Migulla bittet **Herrn Gruschka** die Sitzungsleitung zu übernehmen, da sie selbst etwas zu dem Thema sagen möchte.

- Herr Gruschka übernimmt die Sitzungsleitung.

Frau Walbrach führt aus, dass sich die Erhöhung der Hundesteuer der CDU/FDP-Fraktion nicht erschließt. Was werde durch die Erhöhung erreicht? 21.000 € Mehreinnahmen stehen einem höheren Verwaltungsaufwand gegenüber und werden auch nur für angemeldete Hunde erhoben. Bezugnehmend auf § 9 Absatz 5 der Satzung fragt sie, wann das letzte Mal eine Hundebestandsaufnahme durchgeführt wurde und mit welchem Ergebnis. Sie schlägt vor, dass die Mitarbeiter des Ordnungs- und Rechtsamtes gemeinsam mit den Bauhofmitarbeitern eine Idee entwickeln, wie das säumige Entfernen von Hundekot zur Anzeige gebracht werden könnte. Davon hätte die Stadt nicht nur Mehreinnahmen sondern auch saubere Gehwege. Es sollten Mittel und Wege gefunden werden, dass nicht registrierte Hunde angemeldet werden.

Frau Dr. Migulla wird der Beschlussvorlage nicht zustimmen. Zum einen weil sie vermutet, dass die Befürworter des Bürgerhaushaltsvorschlages denken, mit den Einnahmen der Hundesteuer würde der Dreck bereinigt werden, was nicht Sinn einer Hundesteuersatzung ist. Sinn der Hundesteuersatzung sei in Kommunen zu regeln, dass nicht zu viele Hunde gehalten werden. Zum zweiten ist sie gegen die enorm höhere Steuer für die sogenannten gefährlichen Hunde, die in der Satzung nicht einmal in Liste 1 und 2 unterteilt sind.

Herr Swik bekräftigt, dass die Hundesteuererhöhung als Vorschlag zum Bürgerhaushalt eingereicht wurde als Beitrag zur Einnahmeerhöhung für die Stadt, und auch durch die Bürger eine Mehrheit gefunden hat (Platz 7). Des Weiteren hält er die Erhöhung gemäß Bürgerhaushaltsvorschlag um 15 € für den ersten Hund sowie gemäß Vorschlag der Verwaltung für jeden weiteren Hund um 15 € und die 50prozentige Steigerung aufgrund seiner Anregung im Finanzausschuss für gefährliche Hunde zu entrichten für moderat gegenüber anderen Kommunen.

Herr Petke führt zum einen an, dass über 14 gefährliche Hunde gesprochen werde und weiter, dass 162 Stimmen für die Hundesteuererhöhung im Bürgerhaushalt abgegeben wurden. Dabei handelt es sich um mindestens 33 Leute, die dafür gestimmt haben, die Stadtverordnetenversammlung hat 28 Stadtverordnete. Er empfindet es als unverhältnismäßig, dass über eine Steuererhöhung entschieden werden soll, weil 33 (bis 40 Leute) dafür stimmten. Die Stadt wächst, es gibt einen ausgeglichenen Haushalt, es werde etwas mehr eingenommen, aber welches Signal wird vermittelt. Analog Frau Walbrach sieht er in der Hundehaltung für ältere oder alleinstehende Menschen ein Stück soziale Verantwortung, die Steuern nicht zu erhöhen.

Lt. Aussage der Verwaltung fließen die Einnahmen in den Steuertopf, dadurch werde nicht mehr Sauberkeit in der Stadt erreicht, so sei ja auch die Intension von Frau Dr. Migulla. Er glaubt nicht, dass das Ordnungsamt dadurch fleißiger wird, was den Hundebereich betrifft. Und diejenigen, die keine Hundesteuer zahlen, werden nicht erwischt und sind von der Erhöhung dann nicht betroffen.

Herr Nehues schließt sich den Ausführungen von Herrn Petke hinsichtlich der Rechnung, wie viele Bürger für den Bürgerhaushaltsvorschlag gestimmt haben, und Frau Dr. Migulla, deren Intension sei, die Bürger denken mit der Hundesteuererhöhung werde mehr Sauberkeit erreicht, an. Zu der Aussage von Herrn Swik merkt er an, dass wenn sich schon an dem Bürgerhaushalt orientiert werde, keine 50prozentige Erhöhung sondern eine Erhöhung um 15 € und dann nur für den ersten Hund gefordert worden war. Der Ansatz sei der falsche. Es müsse nicht darüber gesprochen werden, wie mehr Steuern eingenommen werden, sondern wie werde die Stadt sauberer.

Herr Krüger ist der Meinung, dass die Erhöhung der Hundesteuer unangemessen sei, insbesondere für sozial Schwache und für die Menschen, die auf einen Begleithund angewiesen sind. Analog der Vorreden, die auf eine Ablehnung der Erhöhung abzielen, wird er der Beschlussvorlage ebenfalls nicht zustimmen.

Herr Scheidler stellt den Antrag zur Sache, aufgrund der Notwendigkeit die bestehende Satzung an die aktuellen Rechtsgrundlagen anzupassen, die Satzung ohne Änderung des § 3 zu beschließen. D. h. die bisher erhobenen Steuern bleiben erhalten.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:
die in der Anlage 1 dieser Beschlussvorlage beigefügte Hundesteuersatzung der Stadt Luckenwalde.

Ja 8 Nein 14 Enthaltung 1
abgelehnt

Es folgt die Abstimmung über den Antrag von Herrn Scheidler, die Satzung mit der Anpassung an die Rechtslage unter Beibehaltung des § 3 der bestehenden Satzung zu beschließen:

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0
bestätigt

Damit ist der **Beschlussvorschlag geändert beschlossen**. Bei der in der Anlage 1 der Beschlussvorlage beigefügten Hundesteuersatzung der Stadt Luckenwalde lautet § 3 folgendermaßen:

§ 3 Steuermaßstab und Steuersätze

- (1) Die Steuer beträgt in der Stadt Luckenwalde jährlich, wenn von einem Hundehalter oder mehreren Personen gemeinsam Hunde gehalten werden
 - a) für den ersten Hund 30,00 Euro,
 - b) für den zweiten Hund 51,00 Euro,
 - c) für den dritten und jeden weiteren Hund 76,00 Euro.
- (2) Abweichend von Absatz 1 beträgt die Steuer für gefährliche Hunde im Sinne des § 2 dieser Satzung jährlich 153,00 Euro je gefährlicher Hund. Satz 1 findet keine Anwendung, wenn der Hundehalter für das jeweilige Steuerjahr durch Vorlage eines wirksamen Negativzeugnisses im Sinne des § 8 Abs. 3 der Hundehalterverordnung (HundehV) vom 16. Juni 2004 (GVBl. II/04 S. 458) nachweisen kann, dass der von ihm gehaltene Hund nach § 2 Abs. 2 keine gesteigerte Kampfbereitschaft, Angriffslust, Schärfe oder eine andere in ihrer Wirkung vergleichbare Eigenschaft gegenüber Mensch oder Tier aufweist.
- (3) Hunde, für die Steuerfreiheit nach § 4 gewährt wird, werden bei der Berechnung der Anzahl der Hunde nicht berücksichtigt. Hunde, für die Steuerermäßigung nach § 5 gewährt wird, werden mitgezählt.

- Frau Dr. Migulla übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

TOP 6.5. Zustimmung zu überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen für Sound City

B-6308/2017

Herrn Guhlke fehlt in der Erläuterung die Aufschlüsselung, welche Mehrkosten durch das Sicherheitskonzept entstanden sind. Er regt an, dass bei künftigen Großveranstaltungen dieser Posten gesondert dargestellt wird.

Frau Herzog-von der Heide erläutert, dass sich bei der einmaligen Sound City-Veranstaltung an den Werten von Eberswalde und Wittenberge orientiert wurde, als die Vorplanung für die Veranstaltung vorgestellt wurde. In der Detailplanung kamen dann Erweiterungen, die Sicherheit betreffend, dazu. Bei eigenen Veranstaltungen, wie z. B. Turmfest, sind die Kosten bezifferbar.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:
Den überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen für das Landesfestival der Musik- und Kunstschulen 2017 wird zugestimmt.

Ja 22 Nein 0 Enthaltung 1
ungeändert beschlossen

**TOP 6.6. Zustimmung zu überplanmäßigen B-6310/2017
Aufwendungen/Auszahlungen für Zinszahlungen aus
Fördermittelabrechnungen im Stadtumbauprogramm**

Herr Guhlke fragt, ob sich die Zinszahlung für nicht fristgerecht verwendete Fördermittel in den kommenden Jahren verstetigen werde.

Herr Dutschke betrachtet zunächst das Fördervorhaben Burg. Die aufgelaufenen 40.000 € sind entstanden aus der Einnahme von 1 Mio. € für das Vorhaben, die nicht ausgereicht habe. Die Gesamtkosten für die Sanierung der Kita Burg beliefen sich auf 4,2 Mio. €. Er hält die Zinszahlung von 0,97 Prozent Zinsen für 4,2 Mio. € für vertretbar. Des Weiteren sei nicht auszuschließen, dass Zinszahlungen bei der Inanspruchnahme von Fördermitteln anfallen, da ein planmäßiger Bauablauf nicht immer gewährleistet werden kann. Daher müsse grundsätzlich eine gewisse Zinslast in dem kommenden Haushalt für nicht fristgerecht verwendete Fördermittel bereitgestellt werden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:
Den überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen für Zinsen für nicht fristgerechte Verwendung von Fördermitteln im Produkt Stadtumbau wird zugestimmt.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0
ungeändert beschlossen

**TOP 6.7. Ermächtigung für den Vertragsabschluss für das B-6311/2017
Energiesparprojekt an vier Luckenwalder Schulen**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:
Die Verwaltung wird ermächtigt für die Durchführung des Energiesparprojektes an vier Luckenwalder Schulen, Verträge bis zu einer Höhe von 66.700 € für den Zeitraum 2017 bis 2021 abzuschließen.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0
ungeändert beschlossen

TOP 7. Informationsvorlagen

**TOP 7.1. Bürgerhaushalt 2017 Platz 6 - Errichtung DIN- I-6047/2017
gemäßer Fußgängerquerungsstellen der 3247
Kreuzungen entlang der 222 Luckenwalder Straßen**

Kenntnis genommen

**TOP 7.2. Verwendung Mehrerträge aus Schlüsselzuweisung I-6049/2017
2017 und Auswirkungen auf den Antrag: (A-
6020/2017/1) Erneuerung des Gehweges
Berkenbrücker Chaussee**

Kenntnis genommen

Herr Bärmann geht davon aus, dass durch diese Informationsvorlage der Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Erneuerung des Gehweges Berkenbrücker Chaussee nicht mehr auf

die Tagesordnung kommt. Die Aufschlüsselung zeigt, dass drei Maßnahmen für die Kitaplatzerhöhung aus den Mehreinnahmen der Schlüsselzuweisung beglichen werden. Die anderen Positionen seien Altlasten, die keine zusätzliche Kinderbetreuung bringen. Zu den fast 30 T€, die für eine kindgerechte Gestaltung des Umfeldes der Modulbaukita verbleiben sollen, äußert er, dass er davon ausgeht, dass auf dem Gelände einer Kindertagesstätte, wo ein Erweiterungsbau entstehen soll, ein kindgerechtes Umfeld vorhanden ist.

TOP 8. Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

Die Anfragen aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 26. September 2017 sind schriftlich beantwortet worden.

TOP 8.1. Problem mit Jugendlichen aus kreislichen Einrichtungen

Herr Petke führt aus, dass ein Mitglied des Kreistages öffentlich bei Facebook schreibt, dass Luckenwalde ein Problem mit gewalttätigen Jugendlichen aus kreislichen Einrichtungen ohne Kitaplatz habe. Das Mitglied des Kreistages erhebt zugleich den öffentlichen Vorwurf, dass der ehemalige Leiter des Jugendamtes dafür „mitverantwortlich“ sei.

Diesbezüglich hatte er schriftlich bei der Bürgermeisterin angefragt, ob Luckenwalde Probleme mit gewalttätigen Jugendlichen aus Einrichtungen des Landkreises Teltow-Fläming hat und wenn ja, ob dafür der ehemalige Leiter des Jugendamtes des Landkreises Teltow-Fläming zum Teil verantwortlich ist. Innerhalb von 24 Stunden antwortete ihm die Bürgermeisterin, dass es dazu nichts gibt. Gleiche Anfragen beantwortete ihm die Landrätin sehr ausführlich.

Nun weiß er nicht, wie das zu klären ist.

Frau Herzog-von der Heide entgegnet, dass zum besseren Verständnis der Wortlaut seiner Anfrage wiedergegeben werden müsse. Die Frage bezog sich zu einem Facebook-Eintrag und sie habe von diesem keine Kenntnis, wie sie Herrn Petke mitteilte. Zu den Inhalten, was im Nuthepark vermutet wird, was passiert, welche Maßnahmen ergriffen werden können, dazu könnte sie auch ausführlich antworten.

TOP 8.2. Umverlegung der Bushaltestelle vom Marktplatz zur Poststraße

Herr Guhlke führt aus, dass die Bushaltestelle vor dem Rathaus entfernt wurde. Er fragt nach, ob der VTF die Problematik des Parkverhaltens an den Markttagen bei der Stadt vorgetragen hat und ob die wilde Parkproblematik nicht durch das Ordnungsamt in den Griff zu bekommen ist.

Frau Herzog-von der Heide erläutert, dass die Maßnahmen, wie die Ordnungsamtskontrollen an den Markttagen und die Erneuerung der Parkplatzmarkierungen zum Freihalten der Gasse, zur Verbesserung der Situation beigetragen haben.

Das Problem sei jetzt, dass der VTF den größeren Bus einsetzen möchte, der die Gasse am Marktplatz nicht passieren könne. Die Verwaltung hat umgehend darauf gedrungen, bei den alten Bussen zu bleiben, um die bisherige Haltestelle zu erhalten.

Aus der gestrigen Beratung habe sie neue Erkenntnisse mitgebracht. Der VTF setzt die größeren Busse wegen des Bedarfs gern ein. Ein weiterer Grund ist, dass bei dem neuen Bus die „Hebebühne“ als Einstiegshilfe u. a. für Rollator- und Rollstuhlfahrer vorn beim Fahrer ist, wo auch gleich bezahlt werden kann.

Das Problem, dass nicht mehr direkt am Markt/Boulevard eine Haltestelle ist, sei mittels einer Haltestelle in der Lämmergasse zu lösen, so die Entwicklung einer jüngsten Idee. Vor einer möglichen Umsetzung müssen aber erst die Bauarbeiten am Boulevard abgeschlossen sein.

Herr Guhlke fragt dann, ob die Problematik, dass die Feuerwehr auch nicht durchkommt, weiterhin gegeben ist.

Frau Herzog-von der Heide entgegnet, dass die Feuerwehr immer durch kommt.

TOP 8.3. Barrierefreier Zugang von Geschäften in der Schützenstraße

Herr Nehues fragt, ob bei Planung des Gehwegneubaus in der Schützenstraße die Zugänge zum Bäcker und Blumengeschäft neben Lidl wie beim Boulevard barrierefrei zu gestalten, berücksichtigt wurde. Weiter fragt er, wie die Barrierefreiheit bei künftigen Gehwegausbauten umgesetzt werde.

Frau Herzog-von der Heide sagt, dass nach ihrer Auffassung die Veränderung des Höhenniveaus eines Gehweges wohl nur möglich wäre, wenn der gesamte Straßenraum angefasst würde. Ein Anheben des Gehweges, um die Eingangsstufe zu einem Geschäft auszugleichen, würde den Höhenunterschied zur Fahrbahn unzumutbar ausdehnen.

TOP 8.4. Planung Puschkinstraße

Herr Bärmann erkundigt sich, ob die Planungsleistungen für die Erneuerung der Puschkinstraße noch 2017 vorgestellt werden.

Herr Dutschke erläutert, dass die Erneuerung der Puschkinstraße beim Landesamt für Bauen und Verkehr als Einzelbaumaßnahme beantragt ist.

Frau Herzog-von der Heide ergänzt, dass es dieses Jahr noch keine Vorstellung der Planungsleistungen geben wird.

TOP 8.5. Aufklärung zur Abfallentsorgung

Frau Redhammer-Raback möchte wissen, wie die Aufklärung zur Abfallentsorgung für ausländische Mitbürger, die noch keine Kenntnis darüber haben, läuft. Es bleiben immer mehr Säcke am Straßenrand stehen, weil das Entsorgungsunternehmen sie wegen falscher Befüllung nicht mitnimmt. Sie empfiehlt eine mehrsprachige Aufklärung, beispielsweise als Aufkleber, was in die Säcke gefüllt werden darf.

Frau Herzog-von der Heide entgegnet, dass in den Integrationskursen und in den Unterkünften das Thema Müllentsorgung besprochen werde.

TOP 8.6. Müllablagerungen Umfeld Bowlingbahn

Herr Petke verweist auf das erneut unschöne Umfeld der Bowlingbahn. Er fragt, ob die Stadt Maßnahmen gegenüber dem Eigentümer ergriffen hat, eine Abänderung des Zustands herbeizuführen.

Frau Herzog-von der Heide sagt, dass zwischenzeitlich auch der städtische Bauhof das Umfeld gesäubert habe. Wer dort seinen Sperrmüll ablegt, ist schwer zu ermitteln. Da es sich um ein Privatgelände handelt, sei es Pflicht des Vermieters, auf dem Gelände für Ordnung zu sorgen.

Frau Walbrach bittet den Eigentümer zu informieren, dass es schon helfen würde, wenn er die Abfallbehälter leeren ließe.

TOP 8.7. Kosten Rathaus-Umbau

Herr Guhlke fragt, ob Frau Herzog-von der Heide bestätigen könne, dass die geplante Sanierung des Rathauses mehr als 1 Mio. € kosten werde.

Frau Herzog-von der Heide erklärt, dass sie erst über die Kosten informieren könne, wenn die Planung abgeschlossen sei.

Herr Guhlke fragt nach, ob es einen Grundsatzbeschluss zum Rathaus-Umbau durch die Stadtverordnetenversammlung gab.

Herr Reinelt erläutert, dass es sich um eine Einzelbewilligung der Stadtplanung zur Integration des „Bürgerservices“ handelt, die im Haushalt untersetzt ist. Weiter betont er, dass man sich erst in der Vorplanung befände. Die Vorplanungsphase sei ein längerer Prozess, wo sich mit den Machbarkeiten auseinander gesetzt werde. Bei dem Rathaus handelt es sich um ein denkmalgeschütztes Gebäude, die Anforderungen an einen Umbau seien erheblich. Daher müssen mehrere Varianten betrachtet werden. Eine Vorstellung im Fachausschuss wird es geben, wenn die Vorplanung spruchreif ist.

Frau Herzog-von der Heide erinnert sich, dass diese Maßnahme im Rahmen des Stadtumbaus im Zuge der Haushaltsplanung im letzten Jahr vorgestellt wurde.

TOP 8.8. Jugendliche Störer im Nuthepark und Einkaufsmarkt

Frau Walbrach bezieht ihre Anfrage auf die Hauptausschusssitzung vom 12.09. zum Thema jugendliche „Störer“ im und am Rewe-Markt sowie im Nuthepark. Sie fragt, ob der angedachte „runde Tisch“ zur Thematik stattgefunden hat.

Frau Herzog-von der Heide berichtet, dass sie sich an den Landkreis gewandt hat. Weiterhin wurden Maßnahmen im GSÖ-Ausschuss vor Ort im Nuthepark vorgestellt. Kontrollen der Polizei und des Ordnungs- und Rechtsamtes haben stattgefunden. Im Frühjahr werde das Thema erneut bei einem „runden Tisch“ behandelt.

TOP 9. Informationen der Verwaltung

keine

TOP 10. Informationen der Vorsitzenden

Frau Dr. Migulla informiert, dass die Einladung zum Volkstrauertag am 19. November 2017 um 11:15 Uhr auf dem Waldfriedhof allen Stadtverordneten zugegangen ist. Ein Vertreter der CDU/FDP-Fraktion wird die Rede halten.

Weiter erinnert sie an das Pogromgedenken am 9. November 2017 um 18:00 Uhr auf dem Jüdischen Friedhof.

Ferner bittet sie die Stadtverordneten um Mitteilung, wenn sich persönliche Daten, wie z. B. Beruf, Telefon, E-Mail oder Anschrift, ändern.

Die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung findet am 12. Dezember 2017 statt.

- Herstellung der Nichtöffentlichkeit: 20:40 Uhr

Dr. Heidemarie Migulla
Vorsitzende

Britta Jähner
Schriftführerin

13.10 24 31 01